

**Das Zitat**

«Ob 1513 Grundsteinlegung war oder ob der Nölliturm dann fertig war, ist nicht sicher.»

Christoph Stooss, Archivar  
Zunft zu Safran und  
OK-Vizepräsident 500 Jahre  
Nölliturm 23

**Oberstufenmodell bleibt flexibel**

**SEKUNDARSCHULE** Stabilisieren statt reformieren: Der Kantonsrat bremst die Versuche, an der aktuellen Situation in der Oberstufe zu rütteln.

ISMAIL OSMAN  
ismail.osman@luzernerzeitung.ch

Das Unwort «Reformitis» fiel während der gestrigen Debatte im Luzerner Kantonsrat wiederholt. Vor allem auch, dass man dieser Einhalt gebieten will. Entsprechend hatten Vorstösse, die auf Änderungen bei den Volksschulen zielten, einen schweren Stand.

Deutlich etwa fiel das Votum zu einem geforderten Planungsbericht über die Schulstrukturen und Modelle auf den Sekundarstufen I und II aus. Mit 77 zu 32 Stimmen sprach sich der Rat – einig mit der regierungsrätlichen Empfehlung – deutlich gegen die Erstellung eines solchen Berichtes aus. Ein solcher Bericht hätte unter anderem eine Kosten-Nutzen-Analyse bezüglich der gleichzeitigen Führung von Lang- und Kurzzeitgymnasien beinhalten sollen.

**Langzeitgymnasium gestützt**

Entgegen der Meinung des Motionärs **Jakob Lütolf (CVP, Wauwil)**, mittlerweile nicht mehr im Kantonsrat, sei der Zeitpunkt für eine solche Evaluation momentan nicht gegeben, argumentierte etwa **Monika Frey (Grüne, Emmen)**. Dies, weil ähnliche Berichte bereits 2004 und 2009 erschienen seien. Frey fügte

zudem an: «Bei jeder Gelegenheit wird von bürgerlicher Seite die angebliche «Reformitis» angeprangert. Ein solcher Planungsbericht wird ja aber nicht nur wegen schön gemacht, sondern hätte wahrscheinlich auch Veränderungen zur Folge.»

«Seien wir doch ehrlich. Es geht dem Motionär vor allem darum, das Langzeitgymnasium abzuschaffen», sagte **Priska Wismer (CVP, Rickenbach)**. Sie verwies ebenfalls

auf bereits erschienene Berichte, welche den Nutzen von gleichzeitig geführten Kurz- und Langzeitgymnasien jeweils nicht in Frage stellten. «Alle vier, fünf Jahre einen solch ressourcen- und geldintensiven Planungsbericht zu erstellen ist schlicht unnötig», so Wismer.

**Willi Knecht (SVP, Menznau)** verteidigte das Anliegen und hinterfragte die grossmehrheitlich ablehnende Haltung des Rates: «Der Zeitpunkt für eine Auslegeordnung ist goldrichtig. Wovor haben Sie Angst? Vor der Wahrheit?»

**Patrick Meier (CVP, Root)** forderte den Regierungsrat per Postulat auf, die Anzahl Niveaus auf der Sekundarstufe I

den anderen Zentralschweizer Kantonen anzupassen. Während diese meist nur drei Niveaus führen, sind es in Luzern deren vier: Sek A, B, C und D, wobei letzteres bereits in Niveau C integriert ist. Laut Meier führt der heutige Zustand zu einer Benachteiligung jener Luzerner Schüler, welche eine Lehrstelle in einem anderen Kanton suchen. Dies, weil sie in der Tendenz einem tieferen Niveau zugeordnet würden. Unterstützt wurde das Begehren von einem Grossteil der SVP. «Unser System ist einem Laien kaum plausibel erklärbar – die geäusserte Forderung nach weniger Niveaus würde eine begrüssenswerte Vereinfachung mit sich bringen», argumentierte **Barbara Lang (SVP, Hellbühl)**.

**Nachbarkantone ohne Einfluss**  
Anders sah es **Priska Lorenz (SP, Grosswangen)**: «Niveaus einfach so zusammenzuführen, das bringt nichts – die Schüler sind deshalb nicht gescheiter oder dümmer. Die Lehrmeister aus den anderen Kantonen wissen in der Regel über die Schulsysteme ihrer Nachbarkantone Bescheid.» Das Niveau A, welches sich an leistungsstarke Schülern richtet, könnte nicht mehr wie heute geführt werden, gab **Priska Wismer (CVP)** zu bedenken. Bildungsdirektor

**Reto Wyss (CVP)** gab weiter zu bedenken, dass eine Anpassung an die anderen Zentralschweizer Kantone, ohne deren Systeme vertieft zu prüfen, wenig Sinn ergebe. Der Rat folgte dem Antrag der Regierung zur Ablehnung mit 72 zu 36 Stimmen.

**Diskussion um Schülerzahlen**

Ebenfalls kein Gehör fand die Forderung von **Willi Knecht (SVP)** nach neuen Richtwerten für die Modellwahl der Sekundarschule. Diese hätten nach unten angepasst werden sollen. Die Gemeindeschulen würden nach den heute geltenden Richtwerten regelrecht zu bestimmten Modellen gezwungen. Laut Postulat wäre die Führung des getrennten Modells der Niveaus A, B, C, D ab 60 Schülern pro Jahrgang empfohlen (heute 70), das kooperative Modell ab 25 Schülern pro Jahrgang (heute 40) und das integrierte Modell, wie bis anhin, mit mindestens 15 Schülern pro Jahrgang.

«Die heutigen Richtwerte bestehen erst seit wenigen Jahren, wir würden die Gemeinden vor den Kopf stossen, wenn wir diese jetzt schon wieder ändern würden», konterte CVP-Kantonsrätin Wismer. **Erich Leuenberger (FDP, Nebikon)** berief sich schliesslich wieder auf die ungeliebte «Reformitis». Das Begehren des Postulates zielt letztlich genau auf eine Reform und sei deshalb abzulehnen. Mit 83 zu 26 Stimmen bestätigte der Rat die von der Regierung beantragte Ablehnung.

**Das ist das grösste Fenster-Solardach der Schweiz**

**STADT LUZERN** Das Solardach eines Luzerner Mehrfamilienhauses ist einzigartig in der Schweiz. Ein Knackpunkt war die Baubewilligung.

«Mit so vielen Fenstern in einer derart grossen Fläche von Solarpanels findet sich im Moment kein anderes Schweizer Dach», sagt Adrian Odermatt von der Ebikonener BE Netz AG. Er ist Projektleiter des Mehrfamilienhauses an der Stadtluzerner Neustadtstrasse 10, welches mit diesem speziellen Solardach ausgestattet wurde. Im über 200 Quadratmeter grossen Dach gibt es 26 Fenster. Der Miteigentümer des siebenstöckigen Mehrfamilienhauses, Alois Stalder, realisierte den Umbau mit der Ebikonener Solarfirma sowie mit dem Architekten Stano Stančik und Bauleiter Hans-Peter Glaus.

**Kosten von 250 000 Franken**

Besitzer der Liegenschaft ist die Familie Stalder. Es war die Idee des selbstständigen Unternehmers und Bauherrn Alois Stalder (73), dieses Solardach zu erstellen. Ein Auslöser für den Plan: «Seit drei Jahren besitze ich bei meinem Privathaus eine Fotovoltaik-Anlage. Ich denke, man kann nicht immer nur von neuen Energien sprechen, sondern sollte etwas tun», erklärt Stalder. Günstig war das Projekt nicht. Bei der Renovierung des Hauses beliefen sich allein die Kosten des Daches auf 250 000 Franken, die Stadt Luzern beteiligte sich mit einem Förderbeitrag von 40 000 Franken (siehe Box). «Es ist mit den vielen Fenstern und dem schönen Aussehen eine eher teurere Variante», sagt Adrian Odermatt.

**Gebäude aufgestockt**

Die Planung des Projekts sei eine grosse Herausforderung gewesen. «Die Fenster besitzen die gleichen Grössen wie die Solarpanels, daher brauchte es Extra-Anfertigungen», so Odermatt. Zudem bestand ein gewisser Zeitdruck: In nur drei Monaten musste die sechste Etage des Hauses vollständig abgerissen und das Dach mit einer Holzbau-Konstruktion wieder aufgebaut werden. Aus den vormals sechs wurden so sieben



26 Fenster gibt es zwischen den Solarpanels auf dem Dach des Stadtluzerner Mehrfamilienhauses an der Ecke Neustadtstrasse (rechts) und Neuweg.

PD

Etagen. Auch die Nutzung des Hauses hat sich seit dem Umbau verändert. Neben Mietwohnungen findet in den ersten beiden Geschossen neu die Herberge «B&B Bettstatt» Platz.

Gemäss Projektleiter Odermatt rentiert die Solaranlage. «Die Fotovoltaik-Anlage erzeugt jährlich 24 755 Kilowattstunden. Diese Strommenge reicht für fünf bis sechs Haushalte.» Nach 25 Jahren würde die Anlage noch mindestens 80 Prozent der Leistung erbringen.

**Probleme bei der Baubewilligung**

Obwohl sich die Stadt mit einem Förderbeitrag am Bau des Solardachs beteiligte, war sie nicht von Anfang an begeistert. Bauherr Alois Stalder hatte zusammen mit den zuständigen Firmen Mühe, die Baubewilligung zu erhalten. Knackpunkt war der Denkmalschutz, das Stadtbild durfte an diesem Ort nicht verändert werden. «Ich verstehe nicht, wie man sich Energiestadt nennen kann und dann bei einem Bau einer Foto-

voltaik-Anlage so kompliziert sein kann», verschaft Stalder seinem Ärger Luft.

Mit einer Auflage, welche Mehrkosten von 30 000 Franken verursachte, durfte das Dach schlussendlich dennoch gebaut werden: Die Stadt forderte, dass die 26 Fenster flächenmässig bündig mit den Solarpanels sein müssen. Wie Adrian Odermatt von der BE Netz AG sagt, ist dies alles andere als ein Einzelfall: «Die Baubewilligungen sind für uns immer wieder Herausforderungen,

**So wird gefördert**

**SUBVENTIONEN** red. Bund, Kantone und teilweise auch Gemeinden fördern mit Subventionsbeiträgen die (private) **Produktion erneuerbarer Energien**, also zum Beispiel Solarstrom. Seit Inkrafttreten der revidierten Energieverordnung am 1. April dieses Jahres können Betreiber kleiner Fotovoltaik-Anlagen neu von einer sogenannten **Einmalvergütung** profitieren (Infos: [www.energie-zentralschweiz.ch](http://www.energie-zentralschweiz.ch)). Gemäss Ausschreibung ergänzt dieser einmalige Beitrag das bisherige System der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV).

Weiter läuft ein nationales **Gebäudesanierungsprogramm**. Hierbei werden Sanierungen von Einzelbauteilen wie zum Beispiel der Fenstersatz oder die Wärmedämmung von Aussenwänden, Dächern mit Beiträgen gefördert.



Links zum Luzerner Förderprogramm und zum Fördergeld-Rechner für Sanierungen: [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)

aus ästhetischen Gründen.» Für die ausführenden Firmen mache dies Projekte mit Solardächern unnötig komplizierter.

**Stadt kontert Vorwürfe**

Markus Hofmann, Leiter Ressort Baugesuche der Stadt Luzern, kann die Vorwürfe des Bauherrn verstehen, sagt aber: «Wir wollten bei dem Projekt klar wissen, wie es umgesetzt wird.» In der Ortsbild-Schutzzone B, in der sich das Gebäude befindet, müsse die Stadt aufgrund der erhöhten Eingliederungs- und Gestaltungsanforderungen genauer hinschauen. «Dass die Stadt das Solardach durch einen Förderbeitrag subventioniert, zeigt doch, dass die Stadt Luzern solche Projekte unterstützt.»

RAPHAEL GUTZWILLER  
raphael.gutzwiller@luzernerzeitung.ch